

ses „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken wie auch der Arbeitsgruppe „Fragen des Judentums“ der Ökumene-Kommission der Deutschen Bischofskonferenz ist, hat Hervorragendes geleistet, um die christliche Seite für ein besseres Verständnis des Judentums zu gewinnen. Nicht unerwähnt bleiben darf Trutwins ästhetische Ader und sein hervorragender Kunstverstand (vgl. FrRu 5[1998]131 ff., 223 f., 304 f.). Dem Jubilar gelten unsere herzlichen Glückwünsche.

Alwin Renker

Notizen

Im November 1998 gab die „**Eidgenössische Kommission gegen Rassismus**“ unter dem Vertriebstitel EDMZ, 3000 Bern, eine 76seitige Broschüre mit dem Titel „Antisemitismus in der Schweiz“ heraus. Der Bericht nimmt zu historischen und aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus in der Schweiz Stellung. Er untersucht sowohl die Formen des Antisemitismus als auch die zutreffenden politischen und bildungsmäßigen Gegenmaßnahmen. Die unter Führung von Prof. Dr. Georg Kreis, Basel, verfaßte Schrift hat einen klaren Aufbau, analysiert deutlich und gibt auch Hinweise für zukünftige Vermeidungen von Judenhaß und Rassismus. Die Kommission würdigte die Bestrebungen von seiten des Staates, der Kirchen, Medien und der Kunstschaffenden, dem aufkeimenden Antisemitismus etwas entgegenzuhalten. Als positive Beispiele nennt der Bericht die Gerichte, welche den neuen Antirassismus-Artikel auch in antisemitischen Fällen anwendeten. Die Evangelisch-Reformierte Kirche bemüht sich seit 1997 um eine Intensivierung der Aufarbeitung der Beziehung zwischen Judentum und Christentum. Katholischerseits wird das Institut für Jüdisch-Christliche Forschung der Theologischen Hochschule

Luzern und die von den Jesuiten herausgegebene Zeitschrift „Orientierung“ als Instrumente des jüdisch-christlichen Dialogs genannt. Die Kommission würde es begrüßen, wenn der seit längerem geplante „Dies judaicus“ realisiert würde. (kipa)

In Prag wird ein jüdisches Gymnasium eröffnet. Damit soll der jungen Generation eine jüdische Identität ohne Isolation vermittelt werden, zitierte die tschechische Tageszeitung *Lidove noviny* den **Prager Oberrabbiner Karol Sidon**. Die bereits bestehende jüdische Grundschule hat derzeit zwei Jahrgänge mit jeweils fünfzehn Schülern. Die vorwiegend mit Spenden finanzierten Schulen stehen auch Kindern aus nichtjüdischen Familien offen. Schwerpunkte sind Hebräisch und Glaubenskunde. Geleitet werden die Schulen von der Jüdischen Gemeinde in Prag, die etwa 1500 Mitglieder hat. (dpa)

Der Hl. Stuhl und der Staat Israel haben ein Abkommen ratifiziert, das der katholischen Kirche in Israel volle Rechts- und Geschäftsfähigkeit garantiert. Der Austausch der Urkunden fand am 3. Februar 1999 im israelischen Außenministerium statt. Damit tritt das

„Legal Personality Agreement“ vom 10. November 1997 in Kraft (vgl. FrRu 5[1998]146 f.) In dem Abkommen erkennt der Staat Israel die katholische Kirche mit all ihren in Israel ansässigen Patriarchaten und Ordensgemeinschaften als juristische Person mit voller Geschäftsfähigkeit an. Der Vertrag überläßt der Kirche die Regelung ihrer inneren Angelegenheiten gemäß dem Kirchenrecht einschließlich der Errichtung, Auflösung oder Fusion ihrer Institutionen. (L'Oss. Romano, 12.02.99)

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin, **Andreas Nachama**, hat sich für eine **jüdisch-christliche Hochschule als Mahnmal** für die ermordeten Juden ausgesprochen. „Unter einem gemeinsamen Dach“ sollte in getrennten Einrichtungen jüdische, evangelische und katholische Theologie gelehrt werden, sagte Nachama am 19.10.98 bei einer Veranstaltung in Berlin. Später könnten auch eine islamische und eine philosophische Fakultät dazukommen. Nachama betonte, von einem solchen weltweit einmaligen „aktiven Denkmal“ ginge eine eindeutige Botschaft aus. Dies sei bei dem derzeit favorisierten Stelen-Entwurf von Peter Eisenman nicht der Fall. Die „Steinwüste“ könne auch für die Opfer des Straßenverkehrs stehen. (kipa)

Im Vorfeld des Jahres 2000 will der Vatikan Vertreter mehrerer Religionsgemeinschaften zu gemeinsamen **Diskussionen über Vergangenheit und Zukunft der Religionen** nach Rom einladen. Kardinal Francis Arinze, Präsident des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog, kündigte gegenüber Radio Vatikan an, das Treffen werde im Oktober des Jahres 1999 stattfinden und vier Tage dauern. Neben „Licht und Schatten“ in der Ge-

schichte der Kirche solle über die Rolle der Weltreligionen zur Verwirklichung von Gerechtigkeit und Frieden gesprochen werden. Denkbar sei auch die Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung christlicher und nichtchristlicher Religionsgemeinschaften. (kipa)

Die katholischen Bischöfe Österreichs haben bei ihrer Herbstvollversammlung 1998 zum 60-Jahr-Gedenken des nationalsozialistischen Novemberpogroms Stellung genommen und die Notwendigkeit des **„Erkennens vergangener Schuld“ betont**. In der „Erklärung zum 9. November“ vom 6.11.1998 heißt es: „Der christliche Antijudaismus ist vom rassistisch-biologistischen Antisemitismus des 19. und 20. Jahrhunderts zu unterscheiden. Dieser ‚christliche‘ Antijudaismus war aber eine der wesentlichen Ursachen für die Ausbreitung des Antisemitismus. Als Christen bekennen wir dies und möchten damit auch ein neues Miteinander von Juden und Christen stärken.“ Eingangs erinnern die Bischöfe daran, daß sich am 9. November 1938 mit der „Zerstörung der Synagogen und der Ermordung jüdischer Menschen in unserem Land“ der Völkermord an den Juden unter der nationalsozialistischen Herrschaft angekündigt hatte. (kipa)

„Es geht um ein vertieftes gegenseitiges Wahrnehmen von Juden und Christen.“ Mit diesen Worten enthüllte **Kardinal Franz König** am 29.10.1998 eine **Gedenktafel der Erzdiözese Wien am Wiener Judenplatz**. Die Tafel (vgl. FrRu 5[1998]237 f.) enthält ein Schuldbekenntnis Wiener Christen zum Pogrom 1421 und der anschließenden Synagogenzerstörung sowie eine Erinnerung an die Fortsetzung der Judenverfolgungen bis

zum Nationalsozialismus. **Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg** sowie Vertreter aus den Bereichen von Politik und Kultur nahmen an der Zeremonie teil. Kardinal König erinnerte an die Überlegungen, die Kardinal Schönborn dazu bewogen hatten, auf die Anbringung einer Gedenktafel hinzuwirken: Die kürzlich erfolgte archäologische Wiederentdeckung der zerstörten Synagoge und das Erkennen vergangener Schuld hätten ein „klares Wort der Christen“ notwendig gemacht. (kipa)

Der Vatikan will die **Ergebnisse des historisch-theologischen Wissenschaftlertreffens** (29. bis 31. Oktober 1998) über die **Inquisition** veröffentlichen. In der Presseerklärung stellte das Komitee klar, es sei nicht das Ziel des internationalen Kongresses mit rund 50 Teilnehmern gewesen, die „bekannte Frage der Vergebungsbitte zu diskutieren“. Vielmehr sei es darum gegangen, „Elemente des Nachdenkens“ über die Geschichte der Inquisition zu liefern. Während der Tagung seien unterschiedliche Themen mit „großer Strenge, in voller Freiheit und in der Pluralität der unterschiedlichen historiographischen, ideologischen und kulturellen Positionen“ dargestellt und diskutiert worden. Bei dem Treffen, das unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Vatikan stattfand, war erstmals seit der Öffnung der römischen Inquisitionsarchive der heutige Stand der Geschichtsforschung über die Inquisition in Europa und Lateinamerika diskutiert worden. Der Kongreß war einberufen worden, um unter anderem ein Grundlagenwissen über Verfehlungen der Kirche bei der Verfolgung Andersgläubiger seit dem 13. Jahrhundert zu beschaffen. Die Ergebnisse des Symposiums werden vor ihrer Veröffentlichung zunächst dem Papst

vorgelegt, auf dessen Initiative die für das Jahr 2000 geplante Vergebungsbitte zurückgeht. Nach dem **Luzerner Kirchenhistoriker Victor Conzemius** geht es für die Kirche nicht darum, daß durch die Entschuldigung der Kirche die Fakten gewissermaßen ungeschehen gemacht werden sollen. Vielmehr will der Papst, daß die Kirche einen neuen Umgang mit der eigenen Schuld erlernt, der auch für die Zukunft Konsequenzen hat. Letztlich steht hinter der päpstlichen Bitte die Scham darüber, daß Christen und kirchliche Institutionen in den Methoden der Ketzerverfolgung die Botschaft Jesu verleugnet und entstellt haben. (kipa)

In der Diskussion um die **Haltung der katholischen Kirche zum Holocaust** hat der Ehrenvorsitzende des Jüdischen Weltkongresses, **Gerhart Riegner**, dem **Vatikan die Zurückhaltung von Dokumenten vorgeworfen**. Er selber habe bereits im Herbst 1942 der Vatikanvertretung in Bern ein umfangreiches Memorandum über die Vernichtung der Juden aus ganz Europa vorgelegt. Schon sechs Wochen nach der Wannseekonferenz, bei der die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen worden war, habe Papst Pius XII. einen Überblick über die Judenmorde gehabt. Das Memorandum habe nur kurzfristig zu einer Verzögerung der Deportationen in der Slowakei geführt, aber sonst nichts bewirkt, sagte Riegner. Er kritisierte, daß sein Papier in der vom Vatikan herausgegebenen elfbändigen Aktendokumentation verschwiegen worden sei. Der Jesuit und Vatikanhistoriker Pierre Blet begründete dies damit, daß in dem Memorandum von einer Endlösung der Judenfrage keine Rede gewesen sei. Die Informationen seien bruchstückhaft und widersprüchlich gewesen. (kipa)

Der Botschafter des Staates Israel in Italien, Jehuda Millo, überreichte am 4. Februar 1999 der Generaloberin der Si-onsschwestern in Rom, Sr. Mechthild Vahle, **im Andenken an die Schwestern Virginia Badetti und Emilia Benedetti,** die Medaille der „Gerechten unter den Völkern“. Botschafter Millo sprach bei der Gelegenheit von dem großartigen Einsatz der Schwestern, die während der Besetzung Italiens durch die Nazis 167 Juden gerettet haben. Schwester Vahle drückte ihr Bedauern aus, daß trotzdem so viele nicht gerettet wurden. Ebenfalls anwesend waren Rabbiner Cesare Moscati, Prof. Amos Luzzatto, Präsident der Vereinigung der Jüdischen Gemeinden in Italien, Dr. Franco Pavoncello von der Jüdischen Gemeinde in Rom und Boaz Modai von der Israelischen Botschaft beim Hl. Stuhl.

Etwa 200 **Lutheraner** besuchten am 26. Januar 1999 die konservative **Beth Tzedec Synagoge** in Calgary, Kanada. Beth

Tzedec ist die größte jüdische Kultusgemeinde in Calgary mit 800 Familien. Die Stadt hat auch zwei orthodoxe Synagogen und eine reform-liberale. Die jüdische Bevölkerung von Calgary zählt etwa 7000 Personen bei einer Gesamt Einwohnerzahl von 830 000. **Rabbiner Moshe Saks** gab den Besuchern eine kurze Einführung in das Judentum. Es besteht der Wunsch, diesen Synagogenbesuch zu einer jährlichen Tradition zu machen und damit die lutherisch-jüdischen Beziehungen zu fördern. (Pastor Garth Wehrfritz-Hanson)

Am 24. Februar 1999 verstarb in Kalifornien **Prof. Dr. David Daube**, am 9. April 1999 in Jerusalem **Prof. Dr. Geoffrey Wigoder** und am 7. Mai 1999 – ebenfalls in Jerusalem – **Prof. Schalom Ben-Chorin**. Alle haben sich im jüdisch-christlichen Gespräch in besonders hohem Maße verdient gemacht. Der FrRu wird im nächsten Heft auf diese großen jüdischen Persönlichkeiten zurückkommen.

Leser-Echo

C. C. Aronsfeld, Harrow, England, schreibt zu Clemens Thoma, Unklare Sicht im Jahr 1933. Ein Brief von Carl Jacob Burckhardt (FrRu 6[1999]81-88):

Als ehemals deutscher Jude habe ich den Brief aus dem Jahre 1933 mit beträchtlichem Ekel gelesen. Über das Schicksal der deutschen Juden kann er sich am 1. Juni 1933 „nicht übermäßig aufregen“; die „Relativität dieses Vorgangs“ war Herrn CJB „sehr deutlich“: solche Sachen passieren eben, und die Juden werden ja „mit Hilfe der sich ganz in ihren Händen befindlichen Weltpresse“ einen „mächtigen Feldzug einleiten“. Außerdem sind die Juden, nach Burckhardts Relativitätstheorie, selbst schuld – was „ihre ehrlichen Vertreter auch sehr gut verstehen“, usw. Wenn das „Freunde“ aussagen, braucht man sich nicht zu wundern, daß unsere Feinde von den Juden sagten, das seien Menschen „nur in dem Sinne, wie Ratten, Läuse und anderes Ungeziefer Tiere seien – von der Natur dazu bestimmt, ausgerottet zu werden“ (vgl. meine Schrift „The Text of the Holocaust“). Davon war die Luft im Jahre 1933 derart erfüllt, daß ich sie nicht atmen konnte. Ich hatte